



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Ich habe ihn wiedergesehen. Im Walde war es. Ellen und Lydia waren vorausgegangen, als er aus einem Querwege hervortrat. Er ergriff meine Hand. Ich glaube, er hat sie geküßt. Er redete, lange und eindringlich. Ich weiß nicht mehr, was er sagte, aber es machte mich nicht froh. Es machte mich bange vor mir selbst. Später fragte ihn Ellen: Herr Doktor, was lieben Sie am meisten auf der Welt. Er war offenbar in Verlegenheit, was er darauf sagen sollte, und wich der Antwort durch einen Scherz aus. Ellen sagte: Ich weiß es schon, Herr Doktor. — Nun, was wissen Sie, kleines Fräulein? — Ich weiß, daß Sie sich selbst lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und aus allen Kräften. Und was war seine Antwort? Eine geistreiche Erörterung über Herrennatur und das Recht der Selbstliebe. Sind wir Menschen wirklich so schlecht, als uns die modernen Geistesfürsten machen wollen?

\*

Er — aber ich wills nicht sagen, was ich denke. Gewiß, ich thue ihm Unrecht, und das will ich nicht einmal in diesen Blättern. — Ich will Diakonisse werden. Ich will Mama bitten, daß sie es erlaubt. Nur fort von hier.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Parteien und der Zolltarif. Der Kampf um den Zolltarif bietet noch immer ein unklares, sehr unerfreuliches Bild. Die Aufnahme von Mindestzöllen für die vier Hauptgetreidearten in die Bundesratsvorlage hat dem Entwurf keine sichere Mehrheit im Reichstage verschafft. Nur wenn die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen die vorgeschlagenen Minimalsätze annähmen, hätten sie die Mehrheit für sich. Die Nationalliberalen scheinen mit einigen Ausnahmen dazu bereit zu sein, aber die Haltung des Zentrums ist zweifelhaft, und die Konservativen lehnen entschieden ab. Sie bestehen auf der Erhöhung der Minimalzölle und ihre Ausdehnung auch auf andre Erzeugnisse der Landwirtschaft, und dafür wird, wie es scheint, wieder die Mehrzahl der Nationalliberalen nicht zu haben sein. In der Tagespresse sind wiederholt die Stimmen für und wider berechnet worden. Es kann hier darauf verwiesen werden, ohne daß wir die Details kritisch prüfen.

Was den Bundesrat veranlaßt hat, auf die hauptsächlich von den Konservativen geforderte Festlegung von Getreideminimalzöllen durch das Tarifgesetz überhaupt einzugehn, ist in der Begründung nicht klar ausgesprochen worden. Der Frage, ob Anlaß dazu vorhanden sei, den Umfang der in Tarifverträgen zugestehenden Zollermäßigung von Anfang an durch die autonome Zollgesetzgebung zu bestimmen, mißt sie nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung bei. Die Befürwortung dieser Maßnahmen, sagt sie, sei ebenso wie die des Übergangs zu einer Tarifpolitik nach dem Vorbilde Frankreichs wesentlich von der Erwägung ausgegangen, daß die Tarifverträge von der Volksvertretung nicht im einzelnen abgeändert, sondern nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden könnten, und daß ihre Ablehnung unerwünschte Folgen für die allgemeine Politik nach sich ziehen könne. Die Prüfung der Frage habe jedoch zu der Überzeugung geführt, daß im allgemeinen die Nachteile eines solchen Vorgehns die zu erwartenden Vorteile überwögen. Insbesondere würde für Vertragsverhandlungen ein großer Teil der möglichen Erfolge preisgegeben werden, wenn das Ausland von vornherein davon Kenntnis erhielte, bis zu welcher Grenze wir Zollermäßigungen zugestehn bereit seien. „Eine Ausnahme — heißt es dann wörtlich — ist bei den Zöllen für die wichtigsten Getreidearten gemacht worden. Mit Rücksicht auf die weittragende Bedeutung, die ihrer Bemessung für das Wohl der Landwirtschaft und der Gesamtheit innewohnt, erschien es trotz der entgegenstehenden erheblichen Bedenken angezeigt, durch die Gesetz-

gebung eine Weisung über den bei den Vertragsverhandlungen festzuhaltenden Mindestbetrag zu geben und hierdurch einerseits dem Wunsche der Landwirtschaft nach einer Sicherung, soweit als thunlich, zu entsprechen, sowie andererseits späterm Meinungsstreit über das zulässige Ausmaß der vertragsmäßigen Zollherabsetzung möglichst vorzubeugen. Noch weiter zu gehn und auch für Zölle auf andre Erzeugnisse die Mindestsätze im Gesetz zu beziffern, verbietet sich dagegen durch das allgemeine Interesse am Abschluß von Tarifverträgen.“ Eine ausreichend sachliche Begründung der „trotz der entgegenstehenden erheblichen Bedenken“ für die Hauptgetreidearten zugestandnen „Ausnahme“ wird in diesen Sätzen niemand finden können. Dagegen läßt die Geschichte der letzten Jahre darüber keinen Zweifel, daß die taktische Rücksicht auf die andernfalls zu erwartende rücksichtslose Opposition gerade der konservativen Parteien die Regierung zum Zugeständnis dieser handelspolitisch unverkennbar nachteiligen Einengung der verfassungsmäßig dem Kaiser zustehenden Vollmachten für die Vertragsverhandlungen bewogen hat. Wie sich die Lage des Tarifentwurfs gestaltet hätte, wenn die Regierung diese taktische Rücksicht nicht genommen, wenn sie sich von vornherein zur Aufgabe gemacht hätte, die rücksichtslose Opposition der Konservativen zu überwinden, läßt sich freilich nicht sagen. Fest steht nur, daß die eingeschlagne Taktik der Tarifvorlage nichts genützt hat. Der „spätere“ Meinungsstreit über das zulässige Ausmaß der vertragsmäßigen Zollherabsetzung ist voreilig entfacht worden, und dadurch ist das rechtzeitige Zustandekommen eines neuen Tarifs in Frage gestellt worden, auch wenn sich die Regierung der konservativen Opposition auf Gnade und Ungnade unterwerfen wollte. Die Frage der Minimalzölle im Verhandlungstarif ist in den Grenzboten schon vor der Veröffentlichung der Bundesratsvorlage wiederholt besprochen worden. Wir haben davor als vor einer zu weit gehenden Konzession an den Parlamentarismus gewarnt und das Verlangen der heutigen konservativen Parteien danach als dem berechtigten und in Zukunft allein regierungsfähigen Konservatismus zuwider nachdrücklich bekämpft. Eine weitere Erörterung der taktischen Zweckmäßigkeit der Bundesratsentscheidung hat keinen praktischen Zweck, vollends nachdem die Regierungsvertreter erklärt haben, der Bundesrat glaube trotz der vorgeschlagenen Minimalzölle auf das Zustandekommen von Handelsverträgen — wie wir sie brauchten, und wie er sie wolle — rechnen zu können. Deshalb können wir unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage heute nur für die Annahme der Bundesratsvorlage mit den in ihr festgesetzten Minimalzöllen eintreten. Der Bundesrat muß eben probieren, obs auch so geht.

Aber um so mehr fordert jede weitergehende Opposition der konservativen Parteien zur Kritik heraus. Die Grenze scheint uns erreicht, wenn nicht schon überschritten zu sein, wo ihnen die Pflicht erwächst, sich von dem übermächtig gewordenen Einfluß einer extremen Interessen- und Klassenpolitik zu emanzipieren. Thun sie das nicht, so zwingen sie selbst die Regierung, über kurz oder lang — voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Jahre — die Beziehungen zu ihnen einer wahrscheinlich sehr tief und weit gehenden Revision zu unterziehen. Kaiser und Bundesrat des Deutschen Reichs können, auch wenn sie eine konservative Regierung wollen, unmöglich eine Interessen- und Klassenregierung dulden.

Auch die Forderung stark erhöhter Agrarzölle bedeutet natürlich noch keine unzulässige Interessen- und Klassenpolitik. Es kommt auf das Maß der Erhöhung und auf seine Begründung an. Und an sich ist auch das Bestehn auf der Erhöhung der Regierung gegenüber noch keine mit dem gesunden Konservatismus unverträgliche Opposition. Hier muß das Verhalten der Regierung und die Art der Opposition in Betracht gezogen werden. Aber gerade von diesem Standpunkt aus muß die Kritik der parteikonservativen Opposition gegen die Agrarzölle des Entwurfs zur schärfsten Beurteilung führen.

Der Bundesrat hat es unterlassen, bei der Festlegung der Minimalzölle im Entwurf zu erklären, daß er eine weitergehende parlamentarische Einengung der

verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Kaisers durch die Erhöhung der vorgeschlagenen oder durch die Aufnahme neuer Minimalzölle nicht annehmen werde. Er hat, wie es scheint, auch keinen dahin gehenden Beschluß gefaßt. Wir hatten das für wünschenswert gehalten, und der seitherige Verlauf der Dinge hat uns in dieser Meinung eher bestärkt als erschüttert. Die Regierungsvertreter haben sich, wie es scheint schon deshalb, bisher in den Verhandlungen darauf beschränken müssen, vor „übertriebenen“ Forderungen zu warnen und eine „wesentliche“ Verschärfung der Bindung als voraussichtlich für den Bundesrat unannehmbar zu bezeichnen. Dadurch ist herbeigeführt worden, daß die Parteien sämtlich nicht nur mit der Bereitwilligkeit der Regierungsvertreter, sondern auch mit der des Bundesrats zu rechnen angefangen haben, einer Erhöhung der vorgeschlagenen Mindestzölle oder auch der Festlegung von Mindestzöllen für weitere Agrarprodukte zuzustimmen. Daß die Begründung, wie wir sahen, ausdrücklich sagt, es verbiete sich durch das allgemeine Interesse am Abschluß von Tarifverträgen, auch für Zölle auf andre Erzeugnisse als die vier Hauptgetreidearten die Mindestsätze gesetzlich zu beziffern, wird dabei allgemein als unwesentlich behandelt. Man scheint es namentlich in den konservativen Parteien auch für selbstverständlich zu halten, daß sich der Bundesrat ihren Mehrforderungen fügen müsse, wenn es gelänge, ein Kompromiß mit dem Zentrum und den Nationalliberalen zustande zu bringen; ja daß die Regierungsvertreter sogar ihre guten Dienste, die dazu wohl unentbehrlich wären, dem Zustandekommen eines solchen Kompromisses widmen sollten, obgleich es doch thatsächlich nur den Wünschen einer ausgesprochenen Minderheit des Reichstags künstlich zu einer Mehrheit gegen die Regierung verhelfen sollte. Wir wissen nicht, was für Aussichten diese Annahmen der konservativen Parteien jemals gehabt haben oder noch haben, aber wir meinen denn doch, daß ein solcher neuer Sieg über die Regierung den zahlreichen Mitgliedern der genannten Parteien, an deren erstem Monarchismus ebensowenig zu zweifeln ist, wie an ihrem staatsmännischen Scharfblick, endlich etwas bange machen müßte vor dem Ende der ganzen Kampagne. Nichts kann für die konservative Sache in Deutschland verderblicher, nichts in Wahrheit antikonservativer sein, als durch rücksichtslose Ausbeutung der schwachen Position einer Regierung, die konservativ ist und konservativ sein will, weitere Triumphe über sie zu erstreben. Auf der andern Seite muß natürlich die Aussicht auf ein solches Kompromiß und einen so erstrebten Sieg der konservativen Parteien über den Bundesratsentwurf die Freisinnigen und die Sozialdemokraten in ihrem Bestreben bestärken, das rechtzeitige Zustandekommen des ganzen Tarifs mit allen Mitteln, die die Geschäftsordnung irgend zuläßt, zu verhindern, und das wird sie in den Augen des großen Haufens intra muros, der an Stimmenzahl den Bauern kaum nachsteht, mit dem Glorienschein des besten Rechts umgeben. Die konservative Opposition gegen den Entwurf wird hauptsächlich dafür verantwortlich gemacht werden müssen, wenn es der Obstruktion der Linken gelingt, die Durchberatung des Entwurfs so zu verzögern, daß, wenn nicht schon über den Verhandlungstarif, so doch über die Handelsverträge ein neuer Reichstag zu entscheiden haben wird. Wie wird dann für die Wahlen agitiert werden, wie werden sie ausfallen? Glauben die Parteikonservativen, daß sich ihre Chancen bei den Neuwahlen noch verbessern, oder daß die Regierungen ihnen etwa gar ihre Wahlagitatorien besorgen oder auch nur besorgen lassen würden, so werden sie voraussichtlich die Rechnung ohne den Wirt machen. Gerade diese Neuwahlen müßten die Regierungen zur ernsthaften Revision ihrer Beziehungen zum heutigen Parteikonservatismus zwingen. Die „halbamtliche“ Warnung vor der weiteren Opposition, die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 1. Februar zu bringen veranlaßt worden ist, beweist am besten, wie berechtigt unser Wunsch nach einem bestimmtem Auftreten des Bundesrats gewesen ist. Aber auch ein so spätes Memento sollte von den konservativen Parteien beherzigt werden. Zu spät ist es hoffentlich noch nicht.

Der Bundesratsentwurf hat als Minimalzollsätze vorgeschlagen: für Roggen 5 Mark, für Weizen 5 Mark 50 Pfennige, für Gerste 3 Mark und für Hafer 5 Mark.

Der gegenwärtige Zoll beträgt für Weizen und Roggen 3 Mark 50 Pfennige; für Gerste 2 Mark und für Hafer 2 Mark 80 Pfennige. Wenn diese Erhöhungen die Preise auf dem deutschen Markt annähernd in demselben Verhältnis gegenüber den Weltmarktpreisen steigern, wie es die bisherigen Zölle gethan haben, so wird damit den deutschen Landwirten auf Kosten deutscher Käufer und Verbraucher eine Subvention zugewandt, die in der Geschichte des deutschen Protektionismus, ja des Protektionismus überhaupt, ihresgleichen sucht. Daß diese Wirkung erzielt werden wird, muß man mit der Begründung des Entwurfs annehmen, wenn man der ganzen Aktion nicht Zweck und Sinn absprechen will. Die Lage mag diese Subvention rechtfertigen, aber jeder wirklich konservative Politiker muß bei einem so gewaltigen Eingriff in das Wirtschaftsleben von vornherein die größte Vorsicht als Pflicht der verantwortlichen Staatsleitung fordern. Dazu kommt die doch nun einmal nicht wegzuleugnende Unklarheit und Strittigkeit der für die Landwirtschaft selbst zu erwartenden Folgen. Sicher ist — um nur das zu erwähnen — ein erneutes Steigen der Güterpreise und wahrscheinlich ein Anwachsen der Verschuldung. Schon die dadurch erregten Bedenken mahnen zur Vorsicht. Das Verlangen nach weiterer Erhöhung der Minimalsätze, wie es die konservativen Parteien vertreten, wird allein mit der Behauptung begründet, daß das vorgeschlagne Maß der Erhöhung nicht „ausreichend“ sei, die deutsche Landwirtschaft vor dem Ruin zu bewahren. Aber alle Versuche, nachzuweisen, welche Zollhöhe denn nun in diesem Sinne „ausreichend“ sei, sind vergeblich gewesen und werden nach der Natur der Sache immer vergeblich bleiben. Auch hier bleibt dem Staat gar nichts anderes übrig als zu probieren. Dr. Dade, der Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, hat bekanntlich seinerzeit für Weizen 6 Mark, für Roggen 5 Mark, für Hafer 3 Mark 50 Pfennige und für Gerste 3 Mark „als den für den deutschen Ackerbau erforderlichen Zollschutz“ befürwortet. Nur beim Weizen bleibt der Vorschlag des Bundesrats darunter, beim Hafer geht er stark darüber hinaus. Das Preussische Landesökonomikollegium hatte zuerst für Weizen und Roggen 7 Mark 50 Pfennige und für Hafer und Gerste 6 Mark verlangt, sich aber dann mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat auf 6 Mark für alle vier Getreidearten geeinigt. Der Bund der Landwirte agitiert weiter mit dem Minimalatz von durchweg 7 Mark 50 Pfennigen. Schon danach muß man sagen: non liquet. Und es versteht sich doch eigentlich ganz von selbst, daß in dubio die Regierung die Interessen des Teils der Nation zu berücksichtigen verpflichtet ist, auf dessen Kosten die Sache gemacht wird. Man konnte vernünftigerweise auf Grund der in den letzten zehn Jahren gemachten Erfahrungen wohl sagen, der bestehende Vertragszoll reiche nicht aus, der Landwirtschaft den nötigen Schutz zu gewähren, aber zu behaupten, der Vorschlag des Bundesrats werde in Zukunft nicht ausreichen, sondern es seien 6 Mark nötig, ist doch bei Lichte befehen — nach allem, was darüber „festgestellt“ ist — der helle Unsinn. Gerade von den Konservativen hat Graf Bülow das Recht, zu verlangen, daß man ihn die Probe auf der vom Bundesrat gegebenen Basis machen lasse. Von der Erschwerung, vielleicht gar Vereitlung des Abschlusses neuer Handelsverträge durch die Erhöhung oder die Erweiterung der Minimalzölle wollen wir gar nicht reden; auch die Opposition der Konservativen gegen den übrigen Inhalt des Gesetzes lassen wir vorläufig ganz beiseite.

Aber wie kommen denn nun die konservativen Parteien dazu, bei diesem offensibaren Mangel an sachlichen Gründen, in der Opposition gegen den Bundesratsentwurf zu verharren? Daß die Behauptungen des Deutschen Landwirtschaftsrats und des Ökonomikollegiums die Ansprüche von offensibaren Interessenvertretungen enthalten, wissen sie so gut wie die Regierung. Als Autorität können sie ihnen nicht gelten, wo es sich um die Gesamtpolitik handelt; am wenigsten gegen die Regierung. Wo ist nun die Autorität, auf die sie sich bei ihrer weitem Opposition stützen können? Sie ist überhaupt nicht vorhanden. Das, was sie zur fernern Opposition veranlaßt, ist in Wahrheit nichts weiter als die Rücksicht auf

die durch die agrardemagogische Agitation des Bundes der Landwirte zur extremen Interessen- und Klassenpolitik aufgewiegeltten großen Haufen der landwirtschaftlichen Wähler. Deshalb vor allem bedeutet diese Opposition gegen den Bundesratsentwurf einen krassen Schlag ins Gesicht des wahren Konservatismus.

Man wende nicht ein, die agrarische Bewegung, namentlich auch die Aufriktlung der Bauern, finde ihre natürliche Begründung und ihre unbestreitbare Berechtigung in der Notlage. Das kann man anerkennen, und man wird doch die Politik des Bundes der Landwirte in ihren heute verfolgten extremen Zielen und vollends in den dazu angewandten Mitteln auf das schärfste verurteilen müssen. Natürliche und berechtigte Grundlagen fehlen solchen erfolgreichen demagogischen Aufwieglungsaktionen niemals. Der Sozialdemokratie jedenfalls ebensowenig wie dem Bunde der Landwirte. Wir haben in den Grenzboten die Agitation des Bundes der Landwirte seit Jahren so oft einer eingehenden Kritik unterworfen, daß heute nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Hier interessiert uns nur die unbestreitbare, gerade in der Opposition der konservativen Parteien gegen den Bundesratsentwurf ihre verhängnisvollste Frucht zeitigende weitgehende Abhängigkeit dieser Parteien vom Bunde der Landwirte. Nur durch die Emanzipation von ihm können sie wieder konservativ im rechten Sinne werden.

Aber diese Emanzipation ist freilich ein sehr schweres Stück Arbeit. Der Bund der Landwirte hat den konservativen Parteien ganz ungeheure Dienste geleistet. Er hat tatsächlich die Masse der Landwirte, zumal der Bauern, in erstaunlichem Umfange für sie mobil gemacht. Er hat dabei seine Rechnung so gut gefunden, daß er auf eigne Mandate fast ganz verzichten konnte. Die Konservativen waren die gefügigsten Mandatäre. Von ihrem Standpunkt aus mit Recht von vornherein mit dem Eintreten des Bundes für die Landwirtschaft sympathisierend, haben sich die konservativen Parteien im Parteiinteresse mehr und mehr auch die unkonserватiven Mittel und Zwecke gefallen lassen. Die äußerlich aufrecht erhaltene Scheidung der konservativen Parteiinteressen und der Bundesinteressen ist schließlich zu einer klugen taktischen Maßregel geworden, zu einer trefflich funktionierenden Verteilung der Rollen. An der Tatsache der innigen Verquickung beider und der führenden Rolle des Bundes in der Ehe ändert sie nichts. Längst ist freilich das Emanzipationsbedürfnis von vielen Konservativen empfunden worden. Es würde vielleicht schon früher erfolgreich zur Geltung gekommen sein, wenn nicht gerade in den konservativen Parteien die Elemente, die man als „Fronde“ zu bezeichnen lange Zeit berechtigt war, und die man vielleicht auch heute noch so bezeichnen kann, den oppositionellen Ausschreitungen der bündlerischen Agitationen sympathischer gegenüber gestanden hätten, als es konservativen Politikern ansteht. Jedenfalls wäre ohne die Duldung, Förderung und Benutzung durch die konservativen Parteien der Bund der Landwirte niemals zu solcher Übermacht gelangt, wie er sie augenblicklich hat. Aber ebenso muß doch auch angenommen werden, daß wenn diese Parteien ernstlich gegen Fronde und Bund zur Regierung und zum Kaiser stehn wollten, gerade in der Tarifffrage, der Emanzipationskampf bald genug zu ihren Gunsten entschieden sein würde.

Das Verhalten der konservativen Parteien als Mandatäre des Bundes der Landwirte beeinflusst, wie neuerdings immer klarer wird, ganz wesentlich das Verhalten des Zentrums. Angst vor den Wählern, die der Bund ihnen abspenstig machen könnte, wenn sie hinter seinen extremen Ansprüchen zurückblieben, wird von einem Teil der Zentrumspresse offen als Grund für die Zurückhaltung der Partei den Bundesratsvorschlägen gegenüber eingestanden, während sachlich gegen die vorgeschlagene Minimalhöhe kaum etwas eingewandt wird. Wenn der Bund der Landwirte nicht aufspielte, und die Konservativen nicht vortanzten, würde sich wahrscheinlich das Zentrum lieber heute als morgen auf den Boden des Entwurfs stellen, und die nationalliberalen Opponenten erst recht.

Schon die nächsten Tage, die sogenannte „agrarische Woche,“ werden voraus-

sichtlich zu neuen Anstrengungen benutzt werden, die Regierung und die Reichstagsmehrheit unter den Willen der konservativen Minderheit zu beugen. Sicher wieder mit sehr klug verteilten Rollen und angeblich rein „sachlichen“ Argumenten. Wir wollen uns diese Aufführungen ansehen. Vielleicht geben sie Veranlassung, noch auf manche Einzelfragen auch hier näher einzugehn. Im ganzen meinen wir aber: Erfolglos studiert und disputiert ist genug; jetzt probiert's!

β

Zwei Wünsche. Unserm Herrgott muß manches viel Spaß machen. Z. B. wenn er sieht, wie die Zollgroßchen über die Grenzen hin und her rollen, und wie für jeden Staat nach der Abrechnung, die freilich nur im Himmel vorgenommen werden kann, der Vermögensstand unverändert bleibt, weil sich seine Zolleinnahmen und seine Zollaussgaben decken. O ihr Narren, wird der liebe Gott denken (womit er natürlich nicht die hohen Regierungen der Länder meinte, was eine Majestätsbeleidigung wäre, sondern die Völker); könntet ihr das nicht bequemer und billiger haben, wenn ihr eure Staatsbedürfnisse bloß durch Verbrauchssteuern, oder noch bequemer, wenn ihr sie durch eine einzige Einkommensteuer aufbrächtet? Der Regierung eines einzelnen Staates kann man ja aus der Zollsucht keinen Vorwurf machen, denn mit der Politik ist's wie mit den Kleidermoden: jedermann sieht ein, daß sie Narrheit sind, aber kein Mann oder wenigstens keine Frau kann sich ihnen entziehen. Doch könnten die Gesetzgeber wenigstens das allerlächerlichste beseitigen, z. B. die Verzollung der Tassen, umechten Broschen und Halstücher, die der moderne Mensch alljährlich von seiner Sommerreise oder aus dem Bade heimzubringen pflegt. Ich habe darüber vor ein paar Jahren an dieser Stelle schon ein paar Respektwidrigkeiten verbroschen, und darauf zurückzukommen veranlaßt mich ein Hoffnungsstrahl. Den berühmten Tarifentwurf kennen zu lernen, habe ich Gott sei Dank nicht nötig, aber bei einem zufälligen Blick in einen Bericht über die Sitzung der Zolltarifskommission finde ich, daß der Paragraph 5 eine Reihe von Ausnahmen aufzählt. Vom Zolle befreit sollen u. a. Gegenstände sein, die zu einer Ausstattung gehören, oder die zu Braut- und Hochzeitsgeschenken bestimmt sind. Von den Ausnahmen werden ja nun wieder Ausnahmen gemacht, so z. B. sollen Tiere verzollt werden, auch wenn sie für eine Braut bestimmt sind, und ein Mitglied der Kommission war so böshaft zu fragen, an was für Tiere dabei zu denken sei: an Schofshunde und Papageien oder an Elefanten oder an Krokodile und Frösche fürs Fensteraquarium? Jedoch das interessiert mich weiter nicht, sondern nur der Umstand, daß überhaupt Ausnahmen zugelassen werden. So drücke ich denn der Kommission meinen ehrerbietigen Wunsch aus, sie möchte sich bei der zweiten oder zwanzigsten Besung die Arbeit vereinfachen und schreiben: Vom Zoll werden nur Kaufmannswaren betroffen, die Einzeleinkäufe von Nichtkaufleuten geht das ganze Zollinstitut nichts an. Damit würden auch alle Postsendungen und die Post von den Zollschorigeleien befreit, und auch die Steuerämter entlastet, denn das Beförderungsmittel für Kaufmannswaren ist nicht die Post, sondern die Fracht. Wie lächerlich ist es, daß Post und Steueramt inkommodiert werden, wenn man sich ein Buch in einer Stadt jenseits der nahen Grenze leiht oder ein Manuskript an einen österreichischen oder einen Schweizer Verleger schickt. Verzollt wird das ja glücklicherweise nicht, aber man muß drei Zolldeklarationen — pardon: drei Zoll-Inhalts-erklärungen ausfüllen, auf denen die Anweisung steht: „Allgemein gehaltne Angaben wie Kolonialwaren, Kurzwaren, Manufakturwaren, Materialwaren, Schnittwaren usw. sind unzulässig.“ Da geliehene Bücher und Manuskripte überhaupt keine Waren sind, was haben sie da auf dem Steueramt zu schaffen, von dem sie der Empfänger abholen lassen muß? Wendet man ein, es sei doch aber Kontrolle nötig, da es ein Kaufmann manchmal vorteilhaft finden könnte, kleine Partien von sehr wertvollen Waren, z. B. Juwelen oder Gold- und Silbersachen, mit der Post kommen zu lassen, so ist zu entgegnen, daß solche Kleinlichkeiten, Peinlichkeiten und Lächerlichkeiten ins ancien régime gehören, wo es noch keinen Weltverkehr und überhaupt

keine große Politik gab, und die Beamten nichts zu thun gehabt hätten, wenn sie nicht hätten überflüssige Paragraphen machen dürfen, um deren Übertreter abfassen zu können; heute giebt es doch wichtigere Dinge zu thun.

Die Erwähnung der Post veranlaßt mich, auch ihr einen kleinen Wunsch vorzutragen. An dieser überaus wohlthätigen und unübertrefflich vollkommen organisierten Staatsanstalt ist absolut nichts auszusetzen, als daß ihre Beamten mitunter die Gewissenhaftigkeit zu weit treiben. Es kommt vor, daß man den Wert eines Manuskripts deklariert oder — weil das die Bibliothekverwaltung fordert — den eines geliehenen Buches. Als ungeschickter Bücherwurm vermannt man beim Siegeln, um jedem Tadel des Postbeamten vorzubeugen, eine Stange Siegellack, und dann bringt der Bote doch das Paket zurück: es sei ein Knoten gar nicht, und eine Ecke mangelhaft gesiegelt, und der Name nicht überall deutlich zu erkennen. Man giebt also in Zukunft, nachdem man zu Hause eine Stange verbraucht hat, dem Boten vorsichtshalber noch eine zweite mit. Die Post könnte ihren Verehrern und ihren eignen Beamten manche überflüssige Mühe und manchen kleinen Verdruß ersparen, wenn sie die Beamten auf die ratio legis aufmerksam machte. Ein Brief, der Banknoten, ein Kästchen, das Juwelen enthält, müssen so verschlossen sein, daß ein unberechtigter Eingriff, der keine Spuren hinterlasse, nicht möglich ist, weil es doch auch in der musterhaft pflichtgetreuen Armee des Reichspostmeisters gie und da einen Mann giebt, der einer Anwendung menschlicher Schwäche erliegt. Aber so dumm ist kein Briefträger, daß er ein altes Buch oder ein paar hundert beschriebne Blätter stehlen sollte. Bücher und Manuskripte versichert man nicht gegen Diebstahl, sondern gegen Feuergefahr und Raub. Dagegen hilft kein Siegellack; Gegenstände, die für die Räuber wertlos sind, pflegen ins Wasser oder in ein andres verderbliches Element geworfen zu werden. Bei solchen Sendungen wäre also überhaupt kein Siegel nötig, oder eins könnte genügen, nicht zum Schutz, sondern nur um sie als Wertsendungen kenntlich zu machen.

Die Einrichtung eines Lehrstuhles für Geschichte in Kapstadt. Südafrikanische Notable haben eine Versammlung gehalten, in der sie einen solchen Lehrstuhl forderten. Ein kühnes Unternehmen in der jetzigen Zeit, wo vor den Thoren ihrer Stadt Geschichte gemacht wird, und wo es so gewaltthätig zugeht, daß leicht friedliche Tintenfassler umgeworfen werden könnten. Der Vorschlag erinnert an König Xerxes, als er von der Küste von Attika aus der Seeschlacht von Salamis zuschaute und zur Rechten und Linken seine Geschichtsprofessoren hatte, die mit gezückten Griffeln der großen Thaten warteten, die da kommen sollten. Die Idee begegnet denn auch in England manchem Widerspruch. Es ist interessant zu lesen, was ein bekannter englischer Abgeordneter und Gelehrter, Mr. Bryce, dagegen sagt, indem er damit zugleich die Lage in Südafrika beleuchtet. Es scheine ihm ein Hohn, schreibt Bryce in einem in der englischen Presse nur flüchtig erwähnten Briefe, unter den gegenwärtigen entsetzlichen Verhältnissen in Südafrika an die Begründung eines Lehrstuhls für Geschichte zu denken. Das Kriegsgericht herrsche überall, ein wirkliches Interesse an wirtschaftlichen Fragen gebe es nicht, der Verkehr von Ort zu Ort sei unterbunden, und eine Sturmwohle der Leidenschaft sei aufgerührt worden, die bitteren Haß noch für kommende Generationen und vielleicht sogar den Verlust Südafrikas für Großbritannien befürchten lasse. Unter solchen Umständen sich auf einer Rednertribüne mit sanften Gemeinplätzen über den Wert der Geschichte auszulassen, einer Geschichte, die uns nicht davor bewahrt, die Fehler von 1775 zu wiederholen, und süßliche Noten von Frieden anzustimmen, wo es keinen Frieden gebe, sei seine Sache nicht. — Wir möchten von dem Standpunkte der Kapstädter Herren aus empfehlen, beizeiten auch an eine Geschichtsprofessur in Randahar oder Kabul zu denken.

Herausgegeben von Johannes Brunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Brunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig